

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 195 SONNTAG, 7. März 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Moskauer Prozeßgeheimnisse
Das Blutbad von Malaga
Enteignung des Auslandbesitzes
Der Führer als Wirtschaftsfachmann

Amerika geht voran

Die Arbeiter sind glücklich

Weil sie nicht mehr streiken dürfen.

Für die heutige Lage in Deutschland ist das kennzeichnend: es genügt den Machthabern nicht mehr, den Arbeitern das Streiken zu verbieten, sie versuchen obendrein auch, es ihnen auszureden. Haben sie wirklich nicht mehr Vertrauen genug zu ihrer Gewalt, daß sie es jetzt mit göttlichem Zuspruch versuchen? Dann steht es wahrlich schlecht mit ihnen! Denn ihre Gewalt wird respektiert, solange sie gefürchtet wird, ihre »Beweisführung« aber wird nur einem Hohnlachen begegnen.

Mehr als sonstige Streiks, die in den freien Ländern da und dort aufflammten, hat der große Kampf bei General Motors in USA aufrüttelnd und ermutigend gewirkt. Denn die Arbeiter haben nicht nur eine Lohnerhöhung von 5 Prozent errungen, sondern sie haben auch durchgesetzt, daß die hartgesottenste Scharfmachergilde, die es in Amerika gibt, die Gewerkschaft hinfort als gleichberechtigten Verhandlungspartner anerkennen. Das bedeutet, wie jeder sozialpolitisch Erfahrene weiß, die Möglichkeit, in Zukunft auch ohne Streik auf dem Wege von Verhandlungen die Lebenshaltung der Arbeiter der verbesserten Wirtschaftslage anzupassen. Es war ein großer Erfolg, den die Arbeiter erreichen konnten, weil die Staatsgewalt, vertreten durch den Präsidenten Roosevelt sich weigerte, den Unternehmern in der gewohnten Weise beizuspringen und den Streik gewaltsam zu brechen.

Die Machthaber Deutschlands können ihren Sklaven ein so großes Ereignis nicht ganz verschweigen. Sie können ihnen auch nicht verbieten, darüber nachzudenken. Auf die Gewalt allein wollen oder können sie sich nicht mehr verlassen. Was bleibt ihnen also anderes übrig als zu lügen und zu fälschen? Sie tun es im Vertrauen darauf, daß hinter jedem Versuch, sie zu widerlegen, das Konzentrationslager steht.

In dicken Lettern schrieb also ihre Presse, in geschwollenen Worten brüllte ihr Rundfunk, daß das Ergebnis des Riesenkampfes bei General Motors für die Arbeiter »kläglich« gewesen sei. Man denke, nur fünf Prozent mehr Lohn nach sechs Wochen Kampf! 84 Wochen lang müßten die unglücklichen Arbeiter arbeiten, um den Lohnausfall wieder einzuholen: »Sechs Wochen Unruhe, Sorge, Hunger, Kummer, Hetze, Krawall und schließlich ein Verdienstausfall, der erst in anderthalb Jahren ausgeglichen sein wird!«

Wie gut hat es dagegen der deutsche Arbeiter. Er weiß bekanntlich nichts von Sorge, Hunger und Kummer und Unruhe und Hetze kennt er nur insoweit, als sie behördlich angeordnet sind. Wie gut es ihm geht, erfährt er folgendermaßen wörtlich:

»Im nationalsozialistischen Deutschland gibt es glücklicherweise keine Streiks mehr, aber auch keine Aussperrungen. Partei und Staat sorgen für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit.«

In Wirklichkeit haben die streikenden Arbeiter von General Motors während des Streiks sicherlich viel besser gelebt als die meisten deutschen Arbeiter, die vollbeschäftigt sind und Überstunden ma-

chen. War doch der Streik nur der letzte Ausläufer einer Lohnbewegung, in der sie insgesamt 25 Prozent Lohnsteigerung erzielten ungefähr in dem gleichen Zeitraum, in dem die deutschen Arbeiterlöhne um 25 Prozent heruntergingen. Die Behauptung, die Aufbesserung werde durch den vorangegangenen Lohnausfall für anderthalb Jahre aufgezehrt, ist purer Schwindel. Außerdem war, wie schon gesagt, gar nicht der Lohnzuschlag, sondern die Anerkennung der Gewerkschaft der Haupterfolg des Streikes.

Die Göbbelspropaganda setzte natürlich bei dieser Gelegenheit auch auseinander, wie schlimm es in Deutschland in den »Jahren der Schmach« gewesen, und wie über alle Maßen herrlich es heute ist. Von 1919 bis 1931 hätte es 33.800 Streiks gegeben, von denen nur elf Prozent erfolgreich gewesen seien. Heute jedoch wären Streiks nicht mehr nötig, weil das Dritte Reich — wieder wörtlich — »alle verfügbare Kraft und alle Mittel einsetzt,

um jedem schaffenden Volksgenossen Wege zum sozialen Aufstieg zu öffnen.«

Die Göbbelspropaganda fälscht nicht nur die Statistik, sie verschiebt auch völlig den Gegenstand des Streiks. Kein Sozialdemokrat und kein Gewerkschafter hält den Streik für das beste, jederzeit anwendbare Kampfmittel. Es ist aber ein anderes, zur Vorsicht in der Anwendung dieses Kampfmittels zu raten, ein anderes, es dem Arbeiter aus der Hand zu schlagen und ihn wehrlos dem Lohndiktat des Unternehmertums auszuliefern. Das ist aber in Deutschland unter dem schwindlerischen Vorwand, man werde schon auf andere Weise für »soziale Gerechtigkeit« sorgen, geschehen. Und die Wirkung? Während der deutsche Arbeiter in den »Jahren der Schmach« zu den bestbezahltesten Europas gehörte, gehört er jetzt zu den schlechtestbezahlten. Während die Gewerkschaften noch in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise die Löhne mit Erfolg verteidigten, sind sie

jetzt in einer Zeit inflationistischer Staatskonjunktur, in der die Unternehmer und die Spekulanten Gewinne scheffeln, allen Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft zuwider durch den Eingriff der Staatsgewalt gesenkt worden.

Die Arbeiter von General Motors sind Sieger. Sie sind im Vergleich zu den geschundenen Untertanen des Dritten Reichs wahre Herren. Sie leben besser als sich ein armer Kuli des Hitlerstaates auch nur träumen läßt, und sie sind dabei freie Staatsbürger, die reden dürfen, wie sie wollen. Wenn die braune Kapitalsdiktatur ihren Knechten einreden will, sie hätten es besser, sie lebten in einem Lande der »sozialen Gerechtigkeit« und bräuchten keine Gewerkschaften und kein Koalitionsrecht, so wird sie tauben Ohren predigen. Alles Schreien hilft ihr nichts, sie verrät damit nur die Angst, die sie heimlich quält, ihre Knechte könnten ihr eines Tages amerikanisch kommen.

Das Feld der Ehre

Verlustlisten dürfen nicht veröffentlicht werden

Das Schwarze Korps, das Organ der Hitlergarde, erscheint seit einigen Nummern ohne Todesanzeigen. Schon vor dem spanischen Abenteuer gab die Häufung von Todesanzeigen von SS-Offizieren im Schwarzen Korps Zeugnis von den Todesopfern, die die deutsche Kriegsvorbereitung erfordert. Seit dem Beginn der deutschen Intervention in Spanien wuchs die Zahl dieser Todesanzeigen riesig — eine Widerspiegelung der Verluste der deutschen Flieger und Soldaten in Spanien.

Es war nicht allein im Schwarzen Korps so, sondern in der ganzen deutschen Presse. Diese inoffiziellen Verlustlisten zerrissen täglich die Lüge von der Nichtintervention in Spanien, sie erzählten der Bevölkerung, was das System mit allen Mitteln verbergen wollte: daß systematisch deutsche Soldaten zur Unterstützung der Rebellen nach Spanien geschickt werden.

Das System hat plötzlich diese Todesanzeigen verboten. Man sagt, den letzten Anlaß dazu habe eine Anzeige in Gleiwitz gegeben, in der angezeigt wurde, daß ein Fliegerleutnant »auf dem Felde der Ehre« gefallen sei. Dies Verbot fällt zusammen mit der neuesten Phase der Nichtinterventionspolitik, dem Verbot der Entsendung von »Freiwilligen« nach Spanien. Es enthält, in welchem Geiste der Verlogenheit das System dieses Verbot durchzuführen gedenkt. Wenn es ernst machen wollte mit der Nichtintervention, so würden die Verlustlisten über jene, die »auf dem Felde der Ehre« fallen, allmählich ein natürliches Ende nehmen. Das Verbot aber setzt den Schein an die Stelle der Wirklichkeit. Es ist das Bekenntnis, daß die Intervention weitergehen, aber nicht mehr sichtbar werden soll. Nur die Kontrollmöglichkeit soll eingeschränkt werden. Es wird künftig »auf dem Felde der Ehre« nur noch anonym gestorben.

Aber nun ein Wort über dieses »Feld der Ehre«. Die deutschen Soldaten, die auf die spanischen Schlachtfelder geschickt werden, werden für die schändlichste Sache der Welt geopfert. Sie dienen Verbrechern wie jenem Queipo de Llano, dem Rebellenführer, der die Bevölkerung von Malaga viehisch abschlachten ließ, sie dienen der schamlosesten faschistischen Reaktion.

Die Taten des internationalen Faschismus von heute werden einst von der Geschichte den größten Verbrechen der Weltgeschichte zugerechnet werden. Was in Spanien geschieht, liegt auf einer Ebene mit dem, was die Italiener in Abessinien verübten. Die Unterwerfung der abessinischen Stämme, die Massenabschlachtung von Eingeborenen in Addis Abeba durch die italienische Soldateska nach dem Attentat auf Graziani, die »Strafexpeditionen«, die in Abessinien unternommen werden, fordern zum Vergleich mit den abscheulichen Taten der Cortez und Pizarro in Mexiko und Peru, mit den Verbrechen des Warren Hastings in Indien heraus. Diese Heroenzeit der Bestialität wieder zu erneuern, ist der Sinn des Faschismus. In Abessinien gegen die Eingeborenen, in Spanien gegen das arme, die Freiheit liebende Volk — hier wie da mit dem Mittel des Massenmords an Wehrlosen, der brutalen Ausrottung nach der Parole: schlägt das Volk tot, denn es könnte gefährlich werden.

Das ist ihr »Feld der Ehre! Ihre sogenannte Ehre ist eine Schande für die Völker der faschistischen Länder, sie wird die Geschichte dieser Länder auf ewig beflecken.

Verteilung der Beute

Mussolini und General Franco haben durch ihre diplomatischen Vertreter Freundschaftsbeteuerungen ausgetauscht.

Mussolini hat Franco mitteilen lassen, daß Franco sich streng an die italienischen Direktiven zu halten habe. Sein Botschafter hat von den »politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen« gesprochen, die »zur Grundlage einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden faschistischen Staaten, die über die Aufrechterhaltung der Ordnung der Welt wachen würden«, zu machen wären.

Franco hat sich bedankt für »die hilfreiche Freundschaft.«

Da haben jene konservativen Engländer ihre Quittung, die nicht an eine Abhängigkeit des spanischen Faschismus von dem italienischen glauben wollten und die ihren Landsleuten erzählten, ein Sieg Francos würde den Status quo im Mittelmeer nicht

ändern. Diese »Bindungen«, diese »enge Zusammenarbeit« gilt unter »Gentlemen« wohl auch als Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer?

Das ist die offene Handauflegung Mussolinis auf Spanien. Diese Deklaration trifft zeitlich zusammen mit der anderen, daß Italien den nationaldeutschen Charakter Oesterreichs anerkenne. Die großen Westmächte haben seinerzeit Mussolini die selbstständige Regelung der österreichischen Frage übertragen, damit er dort für die »Aufrechterhaltung der Ordnung der Welt« gegen Hitler Sorge. Heute sorgen Hitler und Mussolini gemeinsam für die »Ordnung der Welt«, indem sie die Beute aufteilen. Mussolini anerkennt die Vormachtstellung Deutschlands in Oesterreich, und Hitler überläßt Mussolini die Vorhand in Spanien.

Es wird immer sichtbar, daß ein derartiger Akkord vorliegt. Dieser Akkord, diese Handauflegung Mussolinis auf Spanien aber nennt sich in der Sprache der europäischen Politik von heute — — Nichtintervention!

Christliches Heldentum

In einem Aufsatz über christliches Heldentum schreibt die »Kölnische Volkszeitung«:

»Auch ins Gefängnis folgten die Christen dem Heiland nach, und auch heute wieder schmachten in Spanien viele Gläubige in den Gefängnissen ob ihres Glaubens.«

In den braunen Konzentrationslagern leiden Tausende katholische Menschen für ihren Glauben entsetzliche Martyrien — die klerikale »Kölnische Volkszeitung« wagt nur von Spanien zu reden. Die Fastenhirtenbriefe der deutschen Bischöfe klagen über Christenverfolgung in Deutschland, die Bischöfe von Köln, Berlin, Ermeland, Passau, Regensburg, Trier haben in diesen Briefen das Martyrium der Christen in Deutschland eine Kulturschande genannt, in den Kerkern sitzen hunderte Priester — — das katholische Organ von Köln behilft sich mit einem zweideutigen Satz über Spanien. Christliches Heldentum — für die anderen. Ein entsetzliches Zeichen des moralischen Verfalls, den die Despotie braucht, um oben zu bleiben.

Die Enteignung des Auslandsbesitzes

Das Geheimnis der deutschen Devisenbilanz

Mit jener Zähigkeit, die die Not erzwingt, führt Schacht den Kampf um den Besitz der deutschen Untertanen gehörigen Auslandswerte. Es handelt sich darum, diese Werte, die im Ausland gegen Devisen verkauft werden können, in den Besitz der Reichsbank zu bringen. Sie bilden nach dem Schwinden des Goldschatzes die letzte ansehnliche Devisenreserve, über die die deutsche Diktatur verfügen kann.

Dem Zweck dieser Expropriation — denn für die Besitzer bedeutet der Zwang, Pfund-, Dollar- oder sonstige Valutawerte gegen Schachtmark zu verkaufen, natürlich, auf längere Sicht gesehen, eine Enteignung — dienen eine Reihe zusammenhängender und sich in ihrer Wirkung steigender Maßnahmen. Diese sind zweierlei Art; die einen dienen dazu, die bereits in Deutschland befindlichen Wertpapiere in ihrem Preis herabzudrücken und die so verbilligten Effekten in den Besitz der Reichsbank zu überführen, die anderen sind bestimmt, die in ausländischen Banken hinterlegten Werte nach Deutschland zu bringen und sie dem Zugriff der Reichsbank unmittelbar auszuliefern.

Zunächst wurden die deutschen Banken angewiesen, ausländische Werte nur noch zu einem eingeschränkten Satz zu lombardieren. Die Maßnahme hatte geringen Erfolg. Viel einschneidender war schon das Verbot der Arbitrage, wodurch der Austausch der im deutschen Besitz befindlichen Papiere mit denen im Ausland unterbunden wurde. Entscheidend war aber im November 1936 die Einführung des Depotzwangs. Alle inländischen natürlichen und juristischen Personen müssen nach dieser Verordnung ihre ausländischen Wertpapiere bei einer deutschen Devisenbank hinterlegen. Liegen die Wertpapiere im Ausland, so sind sie in einer Filiale der deutschen Devisenbank im Ausland zu deponieren. Der Handel in ausländischen Papieren selbst ist zwar nicht verboten, aber die Käufer bekommen die Stücke nicht ausgeliefert; die bleiben im Depot der Bank. Der Erfolg war ein rascher Rückgang des Kurses der Auslandswerte; hatte früher die Inflationsschuld dazu geführt, daß diese Papiere an den deutschen Börsen viel höher standen als an den auswärtigen, so war es jetzt klar, daß diese Werte nicht mehr dem deutschen Besitzer, der zunächst formell Eigentümer bleibt, sondern in Wirklichkeit der Reichsbank zur Verfügung stehen, die, so bald sie will, auch zur offiziellen Beschlagnahme gegen Markenschädigung schreiten kann. Diese Entschädigung ist dabei — auch in Papiermark — natürlich viel geringer als sie vor dem durch die Reichsbankmaßnahmen herbeigeführten Kursverfall gewesen wäre. Hat aber die Reichsbank die allgemeine Beschlagnahme, wahrscheinlich aus Furcht vor dem Eindruck solchen Vorgehens im Ausland zunächst unterlassen, so hat sie direkt und durch die Devisenbanken einen starken Druck auf die Besitzer ausgeübt, ihr die hinterlegten Papiere zu verkaufen. Uns sind eine ganze Anzahl solcher Fälle bekannt und bei dem politischen und wirtschaftlichen Terror ist natürlich der Wunsch der Reichsbank stets ein ängstlich befolgt Befehl gewesen. Es ist kein Zweifel, daß ein nennenswerter Teil des Besitzes an ausländischen Papieren bereits auf die Reichsbank übergegangen ist.

Diese fortschreitende »kalte« Beschlagnahme wird nun durch eine neue Verordnung der Reichsdevisenstelle vom 27. Februar sehr gefördert. Nicht nur wird angeordnet, daß ausländische Wertpapiere auch im Inland nur noch mit Genehmigung erworben oder veräußert werden dürfen, sondern es wird zugleich die Kursnotierung für ausländische Wertpapiere an den deutschen Börsen eingestellt. Genehmigungsfrei bleibt allein noch der Verkauf an eine deutsche Devisenbank. Die Einstellung der Kursnotierung und die Genehmigungspflicht für jeden anderen Verkauf bedeutet, daß der Besitzer auf Gnade und Ungnade der deutschen Bank ausgeliefert ist, die nach den Befehlen Schachts den Kurs festsetzen wird. Sonst ist dem Besitzer jede Verfügungsmöglichkeit genommen, es sei denn, er wollte seine Papiere ins Ausland schmuggeln, worauf Todesstrafe steht. Ohne zu der »bolschewistischen« Maßnah-

me der Beschlagnahme zu greifen, die seine Kreditwürdigkeit vielleicht selbst in den Augen Montague Normans, des Gouverneurs der Bank von England, schädigen könnte, wird sich Schacht zu sehr herabgesetzten Preisen bald des privaten deutschen Besitzes an Auslandswerten bemächtigt haben.

Zudem hat Schacht auch dafür gesorgt, daß der seinem Zugriff zugängliche Besitz in der Zwischenzeit noch vermehrt worden ist. Zugleich mit der Verhängung der Todesstrafe für den deutschen Untertan, der Vermögen nach dem Auslande verschiebt oder im Ausland stehen läßt, wurde eine Amnestie für diejenigen erlassen, die ihr bisher im Ausland befindliches, nicht angemeldet Vermögen anmelden, respektive es nach Deutschland oder in das Depot einer ausländischen Filiale einer deutschen Devisenbank bringen. Diese Bestimmung hat sich als recht wirksam erwiesen. Natürlich werden über den Erfolg nie Aufschlüsse, sei es in der Bilanz der Reichsbank oder in den Statistiken über die deutsche Zahlungsbilanz erscheinen. Private Schätzungen beziffern den Rückfluß auf 200 bis 280 Millionen RM. Sicher ist, daß diese Kapitalrückströme, die hauptsächlich aus der von der deutschen Wirtschaftsspionage am meisten durchsetzten Schweiz erfolgten, sogar teilweise nicht ohne Rückwirkungen auf den Devisenbestand der Schweizer Nationalbank geblieben sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Schacht so in den zusätzlichen Besitz von etwa einer Viertelmilliarde erstklassiger, auf den ausländischen Börsen jederzeit realisierbarer Effekten gekommen ist.

Um welche Beträge kann es sich nun bei diesem deutschen Auslandsbesitz insgesamt handeln? Schon unter Brüning mußten 1931 alle deutschen Staatsangehörigen genaue Angaben über ihren ausländischen Effektenbesitz machen. Seitdem sind diese Erhebungen nicht nur jährlich wiederholt worden, sondern jede Besitzveränderung war an die Genehmigung der deutschen Devisenstellen geknüpft. Zur Zeit der ersten Erhebung wurde der deutsche Besitz an Auslandswerten auf 1 1/2 Milliarden Mark geschätzt, wobei allerdings nie eine offizielle Angabe erhältlich war. 800 Millionen Mark sollen davon die auf den ausländischen Börsen notierten Effekten ausgemacht haben. Der Betrag ist seitdem durch die Devaluationen einerseits vermindert, durch die Kurssteigerungen andererseits vermehrt worden. Er dürfte auch heute noch, berücksichtigt man namentlich den oben erwähnten neuen Zufluß, recht beträchtlich sein und näher bei einer Milliarde als viel darunter liegen.

Ein Teil dieser Effekten ist, wie wir gesehen haben, bereits in den Besitz der

Reichsbank übergegangen. Was hat Schacht damit angefangen? Daß er einen Teil davon im Ausland verkauft hat, ist sicher. Dafür geben bestimmte Marktvorgänge einen Anhalt. So waren Chade-Aktien — die international gehandelten Aktien der großen spanisch-argentinischen Elektrizitäts-Holdinggesellschaft — an einzelnen Tagen an den ausländischen Börsenplätzen gedrückt und die ausländischen Beobachter führten das auf deutsches Angebot zurück. Sicher ist, daß Schacht sich auf diese Weise zeitweise Devisen für die Bezahlung deutscher Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren beschafft. Aber in welchem Umfang das geschieht, und ob die Erfordernisse der Einfuhr den einzigen Zweck der Veräußerung bilden und ihr Ausmaß bestimmen, bleibt völlig ungewiß. Am wenigsten darf man darüber Aufklärung von der deutschen Statistik, z. B. von den Angaben über die Zahlungsbilanz erwarten. Sind solche schon der Natur der Sache nach nur mit großer Vorsicht und unter Vorbehalt zu verwenden, da ein Teil der Angaben nur auf mehr oder minder großen Schätzungen beruhen können, so handelt es sich in dem deutschen Fall um reine Zweckstatistik, die den ausländischen Gläubigern beweisen soll, daß infolge der Devisennot keine Zinsen bezahlt werden können. Ein nettes Beispiel dafür gibt eben der »Economist«. Nach der offiziellen Zahlungsbilanz von 1935 ergab sich in der laufenden Rechnung für Außenhandel, Schifffahrt und Schuldendienst ein Defizit von 102 Mill. RM. Das schien zunächst unerklärlich, da bei fast ausgeglichener Außenhandelsbilanz Schifffahrt und sonstige Dienstleistungen einen Ueberschuß von 451 Mill. RM. aufwiesen. Nähere Prüfung ergab, daß die Gesamtsumme der geschuldeten Zinsen von 650 Mill. RM. auf der Passivseite verbucht wurden, obwohl nur rund 250 Mill. RM. wirklich transfertiert wurden. Der Rest von 400 Mill. wurde unter »Kapitalbewegung« — in Wirklichkeit hat sich gar nichts bewegt — als kurzfristige Anleihe von ausländischen Gläubigern verzeichnet. So wurde der falsche Eindruck erweckt, daß die Reineinnahmen aus Schifffahrt und Dienstleistungen für die Deckung des Zinstransfers unzureichend seien. Denn die — in Wirklichkeit nicht existierende — kurzfristige Anleihe hätte ja demnächst zurückgezahlt werden müssen und hätte dafür die entsprechenden Devisen beansprucht.

Noch rätselhafter bleibt die — im Detail noch nicht bekanntgegebene Zahlungsbilanz für 1936. Trotzdem die Handelsbilanz für 1936 ein Aktivum von rund 550 Mill. RM. gegenüber dem Passivum von 3 Mill. RM. i. V. ausweist und die Schuldenszahlungen schon infolge der Devaluation im Goldblock noch weiter zu-

rückgegangen sind, behauptete Schacht bei den eben beendeten Stillhalteverhandlungen, daß die Devisenlage sich nicht gebessert habe und drang mit diesem Standpunkt wieder einmal durch.

In Wirklichkeit handelt es sich um ein undurchdringliches Geheimnis. Was Schacht mit den in seinen Besitz gebrachten Effekten und mit dem aus dem Ausland zurückgeführten Vermögen anfängt, entzieht sich jeder Kontrolle. Es ist durchaus möglich, daß er diese Reserve, soweit er sie nicht zum zeitweiligen Ausgleich von Spannungen in der Einfuhr benutzen muß, sonst unangetastet läßt, es ist aber ebenso gut möglich, daß er einen Teil im Ausland realisiert und sich so einen Gold-, d. h. einen Kriegsschatz anlegt, der in keinem Ausweis erscheint. Es ist eine Illusion, zu glauben, durch eine noch so genaue Analyse der oft schon stark manipulierten deutschen Statistiken aller Geheimnisse der Diktatur auf die Spur kommen zu können. Sicher ist nur, daß Schacht gezwungen ist, auch die letzte Reserve bereits anzugreifen.

Dr. Richard Kern.

Die Ernährungsschwierigkeiten

Die Eiernot hat in den letzten Tagen in Deutschland groteske Ausmaße angenommen. Der Eieranfall geht selbst nach dem Bericht des Reichsnährstandes von Woche zu Woche zurück, und auch die Auslandszufuhren sind geringer geworden. In Berlin erhält die Bevölkerung seit Wochen pro Kopf nur zwei Eier in der Woche zugeteilt, für die 14 und 15 Pfennige pro Stück bezahlt werden müssen. Aus Frankfurt a. M. wird gleichfalls von einer direkten Eiernot berichtet, da dort auch sämtliche Kühlhausbestände aufgezehrt sind.

Obwohl in den letzten Monaten die Bevölkerung ausgiebig bearbeitet worden ist, künftig mehr Seefisch zu verzehren, sind für die starken Zufuhren, die jetzt am Seefischmarkt zu verzeichnen sind, keine Absatzmöglichkeiten gegeben. Der Seefischverbrauch hält sich trotz der Göbbels-Propaganda in recht mäßigen Grenzen, so daß ein Teil der Fische wegen mangelndem Absatz in die Fischmehlfabriken wandern muß.

Diese Erscheinung spricht dafür, daß sich die Bevölkerung doch nicht auf allen Gebieten so willenslos leithammeln läßt, wie das die Machthaber gerne möchten.

Angst statt Butter

Kein Brot — aber Bürgerkriegsschauspiele Durch die deutsche Presse geht folgende Meldung:

»Krafradschützen und Panzerwagen der Leibstandarte in der Revue 70 Millionen und ein Schlag. In der Revue 70 Millionen und ein Schlag in der Deutschlandhalle werden von Freitagabend an Krafradschützen und Panzerwagen der Leibstandarte »Adolf Hitler« die hohe Schule der friedensmäßigen Ausbildung mit den modernen Sonderwaffen der Kraftwagentruppen vorführen. So wird u. a. eine regelrechte Gefechtsübung gezeigt werden.«

Eine Bürgerkriegsrevue mit Kanonengirls, Volltreffern und Lachschlagern. Man wird die verhöhten Deutschen vermittle »Kraft durch Freude« scharenweise zu dieser Lustbarkeit treiben, damit sie das Fürchten noch besser lernen und sich angesichts der »friedensmäßigen Ausbildung« dieser Prätorianer auch die leiseste Meckerei aus dem Kopfe schlagen.

Das süße Kriegsgespenst

Mit folgendem laufendem, weil sicherlich ganz zeltentsprechendem Inseratenauftrag sind jetzt auch teure reichsdeutsche Anzeigen, wie beispielsweise der der »Leipziger Illustrierten Zeitung«, bedacht:

»Brot aufstrich! Spart Butter und Fett! Nur 39 Pfennig kommt das ganze Pfund goldiger Kunsthonig, appetitlich und sauber von Ihnen im eignen Topf gekocht mit dem viermillionenfach bewährtem Reichs Kunsthonigpulver. Nährhaft, gesund, köstlich schmeckend. Auch vorzüglich zum Pfefferkuchenbacken. Alle Hausfrauen loben, 2 Stück (für 8 Pfund reichend) gegen Voreinsendung 95 Pfennig. Wiederverkäufer gesucht!«

Und wie alle Hausfrauen dies Gespenst aus glorreicher Zeit loben werden!

Das totale Monopol

»An und für sich ist die Karikatur, und zwar im Sinne humorvoller oder grotesker Komik, eine durchaus germanische Kunstform, die eigentlich nur dem Deutschen und Angelsachsen eigen ist.«

»Deutsche Monatshefte.«

Rohstoff Sorgen hemmen den Kriegswillen

Ogleich die Nationalsozialisten das Ausland gern mit ihrer Kriegsbereitschaft blüffen, wird doch immer deutlicher erkennbar, daß diese Bereitschaft noch erhebliche Lücken aufweist. Eine davon ist das nicht gelöste Problem der Rohstoffversorgung. Ganz offen äußert sich darüber einer der Wehrwirtschafts-Sachverständigen des Dritten Reiches, Major Dr. Hesse, im »Deutschen Volkswirt« vom 12. Februar. Er behandelt die Rohstoffwirtschaft und ihre Bedeutung für die Kriegsführung und sagt dabei u. a.:

»Am Beispiel der Rohstoffwirtschaft, das auch zugleich ein solches der Ersatz- und Neustoffwirtschaft ist, lassen sich für die Kriegsführung wichtige Tatsachen aufzeigen, die meistens auch die Zusammenhänge mit anderen Wirtschaftszweigen aufhellen und die es deutlich machen, daß der Kriegsführung seitens der Wirtschaft weit stärker, als wir dies gelten lassen möchten, Grenzen gezogen sind... So richtig sicherlich immer wieder gesagt wird, daß die Rohstoffwirtschaft des Krieges sich aus einigen Hauptästen zusammensetzt, der Kohle, den hauptsächlichsten Erzen, dem Stickstoff, den wichtigsten agrarischen Stoffen usw., so darf doch nicht übersehen werden, daß oft geringe Mengen bestimmter Qualitäten wie etwas der Stahlhärtungsmittel, des Gummis oder verschiedener Chemikalien, kriegsentcheidende Bedeutung haben. Fehlen sie, so erweisen sich oft die starken Säulen als nicht oder ungenügend tragend. Hinsichtlich der verfügbaren Mengen neigen wir dazu, die gegenwärtigen Bestände zugrunde zu legen.

Nur muß gerade der Wehrwirtschaftler von dem bestehenden wirtschaftlichen Zustand ausgehen, dennoch ist auf die schnelle Abnahme einiger Rohstoff-Vorkommen und die sich daraus für die Kriegsführung ergebenden Folgen für eine Reihe europäischer Länder aufmerksam zu machen. Es wäre etwa an die deutsche Braunkohle, unsere hochwertigen Eisenerze oder die Mansfelder Kupfervorkommen zu denken... Bei der Ersatzstoffwirtschaft haben wir es fast immer mit einer Verlagerung im Rohstoffproblem zu tun. Der Verzicht auf den Bezug von Treibstoffen aus dem Ausland, der gerade wehrwirtschaftlich eine so außerordentliche Bedeutung hat, schließt als Nachteil den sehr viel stärkeren Abbau deutscher Stein- und Braunkohlevorkommen in sich. Er ist angesichts der Reichtumigkeit unserer Steinkohlenlager ohne Bedenken hinzunehmen. Anders liegen die Dinge schon beim Holz als einem besonders wichtigen Ersatzstoff...«

Es wird in dem Artikel weiter gesagt, daß auch Deutschlands Rohstoffvorkommen teilweise an der Grenze, »salso in dem Bereich erster Kampfhandlungen«, liegen, so daß aller Voraussicht nach im Kriegsfall nicht mit ihrer Ausnützung zu rechnen ist.

Diese Betrachtungen eines Militärs, der sich allerdings eingehend mit den wirtschaftlichen Problemen der Aufrüstung und des Krieges beschäftigt, klingen weit nüchterner als die Bluffreden, mit denen die Hitler, Göring und Göbbels von Zeit zu Zeit das Ausland von der Kriegsstärke des Dritten Reiches überzeugen möchten.

Moskauer Prozeßgeheimnisse

Enthüllungen eines führenden Bolschewisten über die politischen und psychologischen Hintergründe der Moskauer Prozesse und die Ausrottung der alten Bolschewisten

II. Die Hintergründe des Attentats auf Kirow

Ueber den Fall Kirow könnte man vieles erzählen, er verdient zweifellos, ausführlich in der Presse beleuchtet zu werden, denn seit dieser unglückseligen Mordtat beginnt eine neue Periode in der Geschichte der Sowjetunion. Aber ein solcher Bericht würde mich zu weit führen, und mein Brief ist schon ohnedies sehr lang geraten. Deshalb will ich nur auf jene Momente hinweisen, die für die Erkenntnis der Entwicklung der innerparteilichen Beziehungen von Bedeutung sind.

Schon die ersten Telefonogramme, die die Meldung von der Ermordung nach Moskau brachten, ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß der Mord einen politischen Charakter trug: bei Nikolajew (dem Attentäter) wurde eine vorbereitete Deklaration gefunden, in der die Motive dargelegt wurden, die ihn zur Mordtat veranlaßten. Aber bei den Stimmungen der innerparteilichen Versöhnung, die in den vorhergegangenen Monaten entstanden waren, erschien es vielen psychologisch unmöglich, den Schuß vom 1. Dezember als einen Terrorakt zu werten, der auf dem Boden des inneren Parteikampfes verübt worden war. Man wollte nicht daran glauben, daß der Mann, der der Hauptvertreter der Versöhnungspolitik war, von der Kugel eines Oppositionellen getötet worden war, und zwar in einem Augenblick, wo sein Sieg fast gesichert schien. Diese Stimmungen wurden auch durch die Furcht vor den Folgen dieses Terroraktes für die Entwicklung der inneren Parteiverhältnisse beeinflusst. Daher jene Stimmung der ersten Dezembertage 1934, wo viele bestrebt waren, die Mordtat durch die »Intrigen einer ausländischen Macht« (deren Namen nicht genannt zu werden brauchte) zu erklären, deren blindes Werkzeug Nikolajew war. Es wurde daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß diese Mordtat für die inneren politischen Beziehungen in der Sowjetunion keine Bedeutung habe und daß jene Linie, die nach den Referaten Kirows in der Plenarsitzung des Zentralkomitees soeben festgelegt worden war, voll und ganz als Leitlinie der Parteipolitik beibehalten werden müsse. Diese Version wurde besonders von jenen aufgegriffen, die irgendwann irgendeine Beziehung zur Opposition gehabt hatten und die jetzt nicht ohne Grund für ihr persönliches Schicksal fürchteten. Das Hauptsprachrohr der Stimmungen in der Presse wurde Radek — wenn er doch nur geahnt hätte, daß diese Version über die »Hand der Gestapo« sich gegen alle früheren Oppositionellen, darunter auch gegen ihn selbst, wenden würde!

Zu dieser Einschätzung des Attentats Nikolajews neigten nicht allein die Oppositionellen. Sie war im allgemeinen ziemlich weit verbreitet, auch die Leiter des Innenkommissariats schienen bereit, sie zu akzeptieren. Denkt an die Listen der ersten Gruppen der Erschossenen nach dem Attentat Nikolajews: in diese Listen gerieten hauptsächlich Personen, die der Beziehungen mit ausländischen Spionageabteilungen verdächtigt wurden (inwieweit dieser Verdacht begründet war, ist natürlich eine andere Frage) — auch die separatistische Propaganda in der Ukraine wurde schon damals von uns als eine Zersetzungsbildung der Deutschen betrachtet. Denkt auch daran, daß der Befehl zu diesen Erschießungen unter dem ersten Eindruck der Telefonogramme aus Leningrad von Moskau aus gegeben wurde.

Diese Version wurde jedoch nicht zur offiziellen erklärt. Stalin gab in den ersten Tagen keinerlei leitende Direktiven. Indem er es den anderen überließ, eine Erklärung für den Vorfall zu finden, konzentrierte er seine eigene Aufmerksamkeit auf die Organisation einer energischen Untersuchung. Im Verein mit Woroschilow und Orshonikidse, deren Un-

tersuchung ihm im Politbüro besonders wichtig war, begab er sich sofort nach Leningrad und bestimmte hier Ton, Richtung und Umfang der Untersuchung: er nahm persönlich an einigen besonders wichtigen Verhören teil — im besonderen verhörte er persönlich Nikolajew — und leitete auch gleichzeitig die Maßnahmen zur Auflösung der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats. Mit der unmittelbaren Führung der Untersuchung wurde Agranow betraut, der in den letzten Jahren das besondere Vertrauen Stalins genießt: der letztere ist überzeugt, daß »Jascha« (so nennt Stalin nicht selten Agranow selbst in offiziellen Sitzungen) niemals die Rolle eines eifrigen und gehorsamen Vollstreckers seiner Befehle aufgeben, niemals Einflüssen von anderer Seite unterliegen würde — hinsichtlich anderer führender Persönlichkeiten des Innenkommissariats hatte Stalin diese Überzeugung nicht.

Die Motive des Mörders

Die Untersuchung deckte sofort eine Reihe interessanter Tatsachen auf. Zur Erkenntnis der treibenden Motive Nikolajews lieferte besonders dessen Tagebuch wichtiges Material. Auszüge aus diesem Tagebuch allerdings nur sehr wenige — waren in dem Memorandum zum Fall Nikolajew enthalten, über das ich weiter unten noch werde sprechen müssen. Ueber dieses Tagebuch sind im allgemeinen viele Gerüchte verbreitet, die sich mitunter widersprechen. Aber hinsichtlich der allgemeinen Charakteristik Nikolajews widersprechen sich diese Gerüchte nicht. Sein Attentat hat eine so verhängnisvolle Rolle für das Schicksal des Landes und der Partei gespielt, daß es sehr schwer ist, ihm gegenüber vollkommene Objektivität einzuhalten. Aber bei einem gewissen Maß von Unvoreingenommenheit muß man dennoch anerkennen, daß man es in ihm mit einem typischen Vertreter jener Generation unter der Jugend zu tun hat, die durch den Bürgerkrieg in die Partei hineingezogen, in den letzten Jahren durch alle Prüfungen und Entbehrungen aller möglichen Mobilisierungen hindurchgegangen und nun auf die Sandbank des friedlichen Aufbaus geworfen worden war — mit zerstörten Nerven, unterhöhlter Gesundheit und verwüsteter Seele.

Der persönliche Lebenslauf Nikolajews ist folgender: Während der Offensive General Judenitsch's ging er als Sechzehnjähriger freiwillig an die Front und blieb dort bis zum Ende des Bürgerkrieges. An der Front wurde er Mitglied des Komsomol. Sehr dunkel ist der Punkt über seine Beziehungen zur Tscheka und GPU. Irgendeine beachtliche Rolle hat er in diesen Institutionen nicht gespielt. Aber die Tatsache seiner Beziehungen zu ihnen unterliegt keinem Zweifel, obwohl man aus begreiflichen Gründen diese Tatsache jetzt selbst in Dokumenten, die für den internen Parteigebrauch bestimmt sind, sorgfältig verschweigt. Am Leben der Parteiorganisation nahm Nikolajew wenig Anteil, obwohl er seit 1920 der Partei angehörte, zuerst als Mitglied des Komsomol (im Wyborger Rayon in Leningrad) und dann als Mitglied der allgemeinen Parteiorganisation. An der Opposition vom Jahre 1925 war er nicht beteiligt, wenn man nicht irgendwelche Abstimmungen in den Versammlungen jener Periode berücksichtigt, wo bekanntlich 90 Prozent der Leningrader Organisation die Haltung Sinowjews unterstützte. Jedenfalls ist Nikolajew nach der Generalreinigung dieser Organisation nach dem 14. Parteikongreß keinerlei Strafe unterworfen worden, er war nicht einmal in einer andere Stadt versetzt worden (das war die geringste Strafe, die allen Leningrader Parteimitgliedern auferlegt wurde, die auch nur im geringsten Maße mit der Opposition zu tun gehabt hatten). Die Jahre 1920/30 bis Anfang 1933 waren mit verschiedenen

Abkommandierungen ausgefüllt, hauptsächlich nach dem Murmangebiet, wo Nikolajew im Zuge der Parteimobilisierung tätig war und einen untergeordneten Posten bei der Verwaltung der Zwangsarbeitslager ausfüllte. Nach seiner Rückkehr arbeitete er wieder in der GPU, diesmal anscheinend (diese Seite seiner Tätigkeit wird besonders streng geheimgehalten) in der Schutzwache des Smolny-Instituts (des Sitzes der Zentralverwaltung Leningrads).

Das sind die wichtigsten Daten der formellen Biographie Nikolajews. Die Aufzeichnungen aus seinem Tagebuch, die die letzten zwei Jahre umfassen, die gesamte Periode nach seiner Rückkehr aus dem Murmangebiet, zeigen, welchen ideellen Inhalt sein damaliges Leben hatte. Nach allem, was bekannt geworden ist, zu urteilen, bildeten seine persönlichen Konflikte mit dem sich mehr und mehr bürokratisierenden Parteiapparat den Ausgangspunkt seiner Stimmungen. Das Tagebuch ist angefüllt mit Klagen über das Verschwinden jener alten kameradschaftlichen Beziehungen, die das Partieleben in den ersten Jahren der Revolution so angenehm gemacht hatten. Nikolajew kehrt in seinen Erinnerungen oft zu dieser Vergangenheit zurück, die ihm in sehr rosigem aber sehr vereinfachten Farben erscheint: als eine Art »Blutbrüderschaft«. Jetzt ist er durch den herrschenden Formalismus erbittert und deprimiert. Auf diesem Boden hat er eine Reihe von Konflikten, die Anfang 1934 zu seinem Ausschluß aus der Partei führen. Der Ausschluß wurde sehr bald aufgehoben, denn es wurde festgestellt, daß er infolge der angespannten Tätigkeit im Murmangebiet nervös überreizt sei und daß man deshalb keine strengen Anforderungen an ihn stellen dürfe.

Diese Klage über den Bürokratismus in der Partei war der Ausgangspunkt der Kritik Nikolajews, sie waren aber auch im Grunde ihr Abschluß. Man staunt über die Inkongruenz zwischen der Ernsthaftigkeit seiner Handlungsweise und der Oberflächlichkeit seiner kritischen Haltung gegenüber der Wirklichkeit. Ich spreche schon gar nicht davon, daß für ihn außerhalb der Partei die Welt zu eng ist. Selbst das Leben in der Partei interessiert ihn nicht unter einem allgemeinen politischen Gesichtspunkt, sondern fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Beziehungen in der Partei. Auf diese Beziehungen reagiert er mit zunehmender Schärfe und beginnt sie als direkten Verrat der herrlichen Traditionen der Partei, als Verrat der Revolution einzuschätzen.

In Verbindung damit wächst in ihm die Stimmung einer gewissen Opferbereitschaft: immer häufiger spricht er den Gedanken aus, daß irgend jemand sein Leben opfern müsse, um die Aufmerksamkeit der Partei auf die verhängnisvollen Momente ihrer Entwicklung zu lenken und daß man dies nur mittels eines terroristischen Aktes gegenüber einem besonders hohen Vertreter jener Gruppe von Usurpatoren tun könne, die die Macht in der Partei und im Lande an sich gerissen hätte. Einen großen Einfluß in der Frage des Terrors übte die Lektüre der Memoirliteratur der russischen Revolutionäre der früheren Perioden auf Nikolajew aus. Auf diesem Gebiet hat er, wie aus seinem Tagebuch ersichtlich ist, viel gelesen; aus der Memoirliteratur der Terroristen (der Narodowolky und Sozialrevolutionäre) las er alles, was er erlangen konnte. Und sein Attentat betrachtete er als direkte Fortsetzung der russischen Revolutionäre der früheren Periode. Es verlaute, daß Nikolajew während seiner Unterhaltung mit Stalin auf die Frage des letzteren, während er das Attentat verübt habe, er sei doch jetzt ein verlorener Mensch, erwidert habe: »Na, wenn schon, jetzt

gehen doch viele zugrunde. Dafür wird mein Name in Zukunft neben den Namen von Sheljabow und Balmaschow (die die Attentate auf Alexander II. und auf den Minister Bogolepow verübt haben) genannt werden!«

Von diesem Bestreben, eine direkte Linie zwischen seinem Attentat und den terroristischen Akten der russischen Revolutionäre der früheren Perioden herzustellen, zeugen noch einige weitere Einzelheiten des Falles Nikolajew.

Die Suche nach den Mitverschworenen

Soweit die persönlichen Motive Nikolajews aufgedeckt wurden, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Untersuchung auf zwei grundlegende Fragen: auf die Suche nach »Mitverschworenen und Anstiftern« einerseits und andererseits auf die Klärung des Schuldanteils der leitenden Personen der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats, die dem Attentat nicht vorgebeugt hatte.

Die Antwort auf die erste Frage war im Grunde genommen sehr einfach: in seiner Deklaration hob Nikolajew hervor, daß sein Attentat einen ausschließlich individuellen Charakter trage und daß er keinerlei Mitverschworene habe. Die Aufzeichnungen in seinem Tagebuch bestätigen voll und ganz diese Behauptung. Es fand sich unter ihnen keine einzige, die auch nur indirekt die Annahme bestätigen konnte, daß irgendeine Geheimorganisation bestand, deren Mitglied Nikolajew war, oder in deren Auftrag er gehandelt hatte. Jedenfalls findet sich in dem oben erwähnten Memorandum kein einziges Zitat aus dem Tagebuch, das einen solchen Charakter trug, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Untersuchungsbeamten diese Zitate in ihrem Memorandum angeführt hätten, wenn sie in dem Tagebuch enthalten gewesen wären. Der allgemeine Charakter des Tagebuchs schließt andererseits die Annahme aus, daß Nikolajew systematisch alles verschwiegen habe, was irgendeine Beziehung zur vermuteten Geheimorganisation hatte, denn er schrieb ausführlich und sehr unvorsichtig alle Gespräche auf, die ihm auch nur indirekt in seinen Auffassungen bekräftigten.

Aber wir haben uns schon längst von jenen Zeiten entfernt, wo als »Teilnehmer und »Anstifter« nur derjenige betrachtet wurde, der direkt oder indirekt an einer konkreten Handlung teilgenommen oder zu ihr aufgefordert hatte. Als Teilnehmer und Anstifter erscheint nach unseren Auslegungen jeder, der jene Stimmungen unterstützt und bekräftigt, auf deren Boden bestimmte Handlungen entstehen. Solche Teilnehmer oder Anstifter zu finden war nicht schwer. Aus dem Tagebuch Nikolajews ist ersichtlich, daß es in Leningrad in der Organisation selbst wie auch in ihrem Umkreis nicht wenige unzufriedene Elemente gab, die aus ihrer kritischen Haltung zu den Verhältnissen in der Partei und im Lande kein Hehl machten. Das waren hauptsächlich frühere Oppositionelle, die in den vorhergehenden Jahren allen möglichen Repressalien unterworfen wurden, in Gefängnissen und Verbannungsorten geweltet hatten und nur in allerletzter Zeit nach Leningrad zurückgekehrt waren. Nachdem sie früher mehr oder weniger hohe Posten in Partei- und Sowjetapparat bekleidet hatten und gewohnt waren, eine führende Rolle im politischen Leben zu spielen, söhnten sie sich jetzt nur mit Mühe mit ihrer bescheidenen Stellung aus und waren stets bereit, über die neuen Ordnungen zu murren und sie mit der »guten alten Zeit« in Parallele zu setzen. Sie hatten keine Geheimorganisation, aber viele von ihnen standen in freundschaftlichen Beziehungen zueinander, deren Anfang in die ferne Vergangenheit zurückführte. Wenn man sich traf, tauschte man Infor-

mationen über den Stand der Dinge in der Partei und über das Schicksal der Genossen in den Gefängnissen und Verbannungs-orten aus; zuweilen veranstaltete man Geldsammlungen zu ihren Gunsten; hin und wieder kritisierte man die besonders verhaßten Gegner. Damit war aber auch ihre politische Aktivität erschöpft. Irgendeine Tätigkeit in der gesellschaftlichen Umwelt versuchte man fast gar nicht auszuüben. Es sei denn, daß hin und wieder jemand von ihnen in einer wissenschaftlichen Gesellschaft ein Referat hielt oder bei einer Veranstaltung über die Parteigeschichte seine geschichtlichen Erinnerungen zum Besten gab.

Die Tatsache der Existenz solcher Herde »ideell nicht entwachener Opposition« bildeten kein großes Geheimnis. Auch die örtliche Abteilung des Innenkommissariats duldete sie, wie in früheren Zeiten die zaristische Polizei die Kolonien ehemaliger Verbannter duldete, die in der Stadt ihr Sonderdasein führten, ohne sich mit der Bevölkerung zu verschmelzen. Auf dieses Milieu stürzte sich nun Agranow mit allen seinen Talenten, nachdem er den Auftrag erhalten hatte, es möglichst eingehend zu »untersuchen«.

Weit schwieriger war die zweite Aufgabe, die Agranow zugewiesen war. Die Revision der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats stellte fest, daß seine leitenden Persönlichkeiten genügend über die Stimmungen Nikolajew und sogar über seine Sympathien für den Terror unterrichtet waren. Zügellos und nervös sprach er nicht selten ganz offenherzig selbst in Anwesenheit wenig bekannter Personen über die gefährlichsten Dinge, und bei uns ist die Bespitzelung so gut organisiert, daß auch oppositionelle Bemerkungen, die selbst im Kreise von drei bis fünf nahen Freunden gemacht werden, alle Aussichten haben, denen zu Ohren zu kommen, die über diese Dinge zu wachen haben. Ueber Nikolajew kam ihnen sehr vieles zu Ohren. Unter diesen Umständen erscheint es vollkommen unbegreiflich, wie man ihn in der unmittelbaren Nähe Kirows dulden konnte, wo der persönliche Schutz der »Führer« bei uns doch so gut organisiert ist! Es war deshalb unbedingt notwendig, daß die Angelegenheit von einer anderen Seite beleuchtet wurde. Von welchen Motiven Nikolajew selbst geleitet war, ging aus den Dokumenten klar hervor; weit wichtiger jedoch war es, festzustellen, ob in diesem Falle nicht eine direkte Förderung seitens derjenigen Personen vorlag, zu deren Obliegenheiten es gehörte, ein Attentat zu verhindern. Wer war an der Beseitigung Kirows unmittelbar vor seiner Uebersiedlung nach Moskau interessiert? Gab es keine Fäden, die von diesen Personen zu dem oder jenem Leiter der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats führte? Es ist anzunehmen, daß eine in dieser Richtung geführte Untersuchung recht viel interessantes Material zutage gefördert hätte. Gespräche über dieses Thema habe ich nicht gehört. Denn bei uns hat man überhaupt aufgehört, Gespräche zu führen, insbesondere über so gefährliche Themen. Aber Andeutungen, daß derartige Vermutungen bei vielen aufgetaucht seien, hört man noch jetzt; in den Dezembertagen 1934 ist plötzlich das Interesse für den Prozeß über die Ermordung des Ministerpräsidenten Stolypin sehr reg geworden, der mit dem Fall Kirow viel Ähnlichkeit aufweist. *)

Alle diese Fragen wurden von der Untersuchung nicht aufgerollt. Jedenfalls ging die besondere Aufmerksamkeit der Untersuchungsbehörden in einer ganz anderen Richtung; wenn die Untersuchung über die »Mitverschworenen« sich von Anfang an in eine Untersuchung über die Zirkel der Leningrader Oppositionellen verwandelte, so verwandelte sich die Untersuchung über die Leiter der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats sehr bald in eine Untersuchung der Frage, weshalb sie die Oppositionellen »geduldet« und ihnen gestattet hatten, in Leningrad zu leben, in der Presse mitszuarbeiten, in Versammlungen aufzutreten, etc. Zu ihrer Rechtfertigung beriefen sich die Angeeschuldigten auf die mündlichen und schriftlichen Verfügungen Kirows, der, geleitet von seinen allgemeinen politischen Erwägungen, für alle möglichen Erleichterungen gegenüber den früheren Oppositionellen eintrat und im Innenkommissariat vorschlug, sie nicht durch überflüssige Beschränkungen zu erbittern.

Diese Hinweise entsprachen vollkommen den Tatsachen. Es muß gesagt wer-

den, daß Kirow in den letzten Jahren überhaupt die Neigung zeigte, ähnlich wie seinerzeit Sinowjew, Leningrad in ein selbständiges literarisch-wissenschaftliches Zentrum zu verwandeln, das auf dem Gebiet der literarischen und wissenschaftlichen Produktion mit Moskau konkurrieren konnte. Deshalb förderte er mit allen Mitteln die Verlagstätigkeit in Leningrad, schuf sowohl in materieller wie in zensurlicher Hinsicht günstige Bedingungen für die Existenz von Zeitschriften, protegierte die Tätigkeit wissenschaftlicher Gesellschaften etc. Daß ehemalige Oppositionelle zu diesen Arbeiten herangezogen wurden, wurde von Kirow ebenso gefördert, wie in früheren Zeiten die Heranziehung von Verbannten zur wissenschaftlichen Untersuchung der sibirischen Randgebiete durch liberale Provinzgouverneure. Die Parallele mit jener Zeit war auch in dieser Hinsicht richtig. In seinem »Liberalismus« ging Kirow sogar so weit, daß er einem so verstockten »Sünder« wie Rjasanow im März 1934 gestattete, nach Leningrad übersiedeln. Was konnten unter diesen Umständen die Leiter der Leningrader Abteilung des Innenkommissariats tun, wenn sie von ihrem unmittelbaren politischen Führer, einem der einflußreichsten Mitglieder des Politbüros, der für Leningrad mit der ganzen Fülle der Sowjetgewalt ausgerüstet war, direkte Anweisungen erhielten?

Anfang Dezember war die Untersuchung so weit gediehen, daß dem Politbüro ein zusammenfassender Bericht erstattet wurde. Dieser Bericht wurde zusammen mit der Frage erörtert, welche politischen Schlußfolgerungen aus dem Attentat Nikolajews gezogen werden müßten.

Der Kampf um Stalin

Sie werden verstehen, daß mich immer wieder die Frage interessierte, welche Stellung Stalin selbst bei allen diesen Auseinandersetzungen einnahm.

Der Kampf, der seit dem Herbst 1933 in den Spitzen der Partei geführt wurde, unterschied sich wesentlich von allen früheren Konflikten innerhalb unserer leitenden Spitze. Wenn früher alle Oppositionen gegen Stalin gerichtet waren und dafür eintraten, daß er vom Posten des Hauptführers der Partei beseitigt werde, war jetzt von einer solchen Beseitigung auch nicht einmal andeutungsweise die Rede. Die Gruppierung vollzog sich nicht unter dem Gesichtspunkt für oder gegen Stalin, denn alle ohne Ausnahme wurden nicht müde, ihre volle Energie ihm gegenüber zu unterstreichen. Es wurde vielmehr ein Kampf um den Einfluß auf Stalin, sozusagen ein Kampf um seine Seele geführt. Die Frage, nach welcher Richtung er sich im letzten Augenblick entscheiden würde, blieb immer offen, und da von dieser Entscheidung Stalins die Politik der Partei in der nächsten Periode abhängen strebten alle danach, ihn auf ihre Seite zu ziehen. Bis zur Ermordung Kirows hielt er sich sehr reserviert; einmal unterstützte er die Vertreter des neueren Kurses, dann wieder hielt er sie zurück. Ohne sich mit ihnen direkt zu lieren, trat er gleichzeitig auch nicht als ihr Gegner auf. Er beschränkte die Zahl der ihm täglich erstatteten Berichte auf ein Minimum, schloß sich häufig in sein Arbeitszimmer ein und ging stundenlang mit der Pfeife im Munde im Zimmer umher: Stalin dachte nach, erwog eine neue Linie, und wenn er dachte, mußte überall absolute Stille eingehalten werden.

Einen großen Einfluß übte Gorki auf ihn aus. Das war jene Zeit, wo der Einfluß des letzteren seinen Höhepunkt erreichte. Ein glühender Anhänger der Idee von der Notwendigkeit der Versöhnung der Sowjetgewalt und der parteilosen Intelligenz, übernahm er voll und ganz den Gedanken Kirows von der Notwendigkeit der Versöhnungspolitik innerhalb der Partei, denn eine solche Versöhnung, die die Reihen der Partei befestigte und stärkte, erleichterte der Partei die Möglichkeit des moralischen Einflusses auf breite Kreise der Sowjetunion. Da Gorki die grundlegenden Charaktereigenschaften Stalins gut kannte, sein oft orientalisches anmutendes Mißtrauen gegenüber seiner ganzen Umgebung, war er vor allem bestrebt, ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß das Verhältnis ihm gegenüber jetzt ein ganz anderes geworden sei wie in der Zeit der heftigen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Oppositionen. Gorki bemühte sich, Stalin den Gedanken beizubringen, daß die Genialität seiner grundlegenden politischen Linie von allen anerkannt werde und daß deshalb niemand die Absicht habe, seine leitende Stellung anzutasten. Unter diesen Bedingungen würde ein großmütiges Ver-

halten gegenüber den gestrigen Gegnern, ohne seine Stellung zu unterhöhlen, nur seine moralische Autorität heben.

Ich kenne Stalin nicht genügend und wage deshalb nicht zu beurteilen, ob seine damalige Haltung nur ein Spiel war, oder ob er wirklich in Erwägung zog, ob man den Versicherungen Gorkis Glauben schenken könne. Der letztere hatte jedenfalls ein Argument zur Verfügung, dem gegenüber Stalin stets nachgiebig war: wie würde dieser oder jener Schritt Stalins von seinen künftigen Biographen beurteilt werden? Schon längst macht Stalin nicht nur seine Biographie, sondern er sorgt auch dafür, daß man auch in Zukunft günstig über ihn schreiben soll. Er will, daß man ihn nicht nur hart und unbarmherzig darstellt, wo es sich um den Kampf gegen unversöhnliche Feinde handelt, sondern auch einfach, großmütig, menschlich, wo er im Milieu unserer harten Zeit sich den Luxus erlauben darf, sich so zu geben, wie er in Wirklichkeit ist. Von Natur aus ein sehr primitiver Mensch, ist er hin und wieder geneigt, diese Stimmungen auch primitiv zum Ausdruck zu bringen. Daher sein Bestreben, die Rolle eines Harun Al Raschid zu spielen, sientemalen dieser letztere auch aus dem Orient stammte und auch eine recht primitive Natur war. Jedenfalls verstand es Gorki sehr gut, auf dieser Saite zu spielen und sie für irgendwelche guten Zwecke auszunutzen: er milderte das Mißtrauen Stalins, beschwichtigte seine Rache sucht, etc. Es ist natürlich möglich, daß Stalin auch von anderen Motiven geleitet wurde: ringsum waren alle von der Anspannung des vorhergehenden Jahrzehntes so erschöpft, daß ein Widerstand gegenüber dieser Stimmung nur Konflikte heraufbeschwören konnte. Es sei dem wie es sei, es unterliegt aber dennoch keinem Zweifel, daß Stalin im Jahre 1934 weicher und menschlicher wurde, in seinem Verkehr die bisherige Schroffheit milderte, mit Schriftstellern, Künstlern, Schauspielern zusammenkam, ihre Unterhaltungen anhörte und sie zu offeneren Gesprächen veranlaßte. . .

Diese Wandlungen wirkten auch auf die Beziehungen Stalins zu den früheren Oppositionellen zurück. Besonders charakteristisch war in dieser Beziehung die Rückberufung Bucharins, der nach einigen Jahren der Ungnade den Posten eines Redakteurs der »Iswestija« erhielt. Noch symptomatischer war seine Wandlung gegenüber K a m e n e w. Dieser letztere wurde, glaube ich, dreimal aus der Partei ausgeschlossen und kam dreimal als reumütiger Sünder zurück. Das letztmal hatte er sich im Winter 1932/1933 das Verbrechen zuschulden kommen lassen, die Plattform Rjutins, das heißt ein Dokument, das Stalin besonders verhaßt war, gelesen zu haben, ohne der Obrigkeit darüber Meldung zu erstatten. Es schien, daß Kamenew diesmal ernstlich und für lange Zeit in Ungnade gefallen war. Aber es gelang Gorki, der Kamenew sehr schätzte, Stalin auch diesmal milder zu stimmen. Er arrangierte eine Zusammenkunft Stalins mit Kamenew, bei der, wie damals erzählt wurde, Kamenew eine Art Liebeserklärung an Stalin vorbrachte.

Einzelheiten über die Aussprache, die unter vier Augen stattfand, kennt natürlich niemand, aber in den Kreisen der Partei wurde damals mit Genugtuung ihr Resultat verzeichnet: wie Stalin selbst erklärte, hat er »Kamenew Glauben geschenkt«. Der letztere habe angeblich offenherzig über seine ganze oppositionelle Tätigkeit berichtet und dargelegt, weshalb er früher gegen Stalin war und jetzt endgültig aufgehört habe, sein Gegner zu sein. Es verriet seine damalige auch, daß Kamenew Stalin seine Ehrenwort gegeben habe, sich in Zukunft nie mehr mit oppositionellen Dingen zu befassen und daß er dafür die weitestgehenden Vollmachten für die Leitung des Verlags »Akademia« erhielt, sondern auch das Versprechen, in allernächster Zukunft zu leitender politischer Arbeit zugelassen zu werden.

Als eine Art Vorschuß erhielt er die Erlaubnis, auf dem 17. Parteikongreß aufzutreten. Dieses Auftreten hatte einen sensationellen Erfolg. Kamenew lieferte hierüber die »theoretische Begründung« der Notwendigkeit der Diktatur — nicht der Diktatur der Partei oder der Klasse, sondern der persönlichen Diktatur. Die Demokratie, selbst innerhalb einer Klasse oder einer Partei — wies er nach — taugt nur für Perioden des friedlichen Aufbaues, wo Zeit für Unterhaltungen und gegenseitige Beeinflussung vorhanden ist. Anders sind Krisenzeiten, wo die Partei und das Land einen Führer haben muß, einen Menschen,

der allein die Kühnheit hat, einen Entschluß zu fassen. Es ist ein Glück für die Partei und das Land — so führte er aus — wenn sie in solchen Momenten einen Führer haben, der die Gabe der Intuition hat: sie haben dann Aussichten, aus den schwersten Situationen als Sieger hervorzugehen. Wehe jedoch, wenn an leitender Stelle ein Mensch stehen sollte, der für diese Rolle nicht geeignet ist: dann droht das Unheil über sie hereinzubringen. . . Diese ganze Rede war so aufgebaut und vorgetragen, daß die Hörer nicht daran zweifelten, Stalin werde von dem Redner als Führer des ersten Typs angesehen. Der Kongreß bereitere dem Redner eine Ovation, die dann in eine Ovation an die Adresse Stalins überging. Erst viel später erkannte man, daß die Rede ziemlich machiavellistisch aufgebaut war und daß sie bei aufmerksamer Lektüre auch einen direkt entgegengesetzten Eindruck ausüben könne. Eben das hatte der Staatsanwalt Wyschinski im Auge, als er Kamenew beschuldigte, ein heuchlerischer Jünger Machiavellis zu sein.

Die Gegner des neuen Kurses

Wenn man hinsichtlich Stalins annehmen kann, daß er eine Zeit lang mit den Plänen eines völligen Wechsels des Partekurses und einer Versöhnungspolitik innerhalb der Partei sympathisierte, so war seine nächste Umgebung, sein Arbeitsstab, voll und ganz gegen diese Pläne. Nicht etwa deshalb, weil die Vertreter dieses Arbeitsstabes prinzipielle Gegner von Wandlungen in der allgemeinen Politik der Partei gewesen wären, zu denen auch die Pläne Kirows und seiner Freunde gehörten. Die Fragen der großen Politik waren diesem Kreis in hohem Maße gleichgültig; wie die späteren Ereignisse zeigten, waren diese Leute auch für stärkere Wandlungen als die zu haben, die Kirow im Auge gehabt hatte. Wogegen sie sich doch in aller Entschiedenheit auflehnten, waren Aenderungen des innerparteilichen Kurses. Sie wußten: wenn viele bereit waren, Stalin die negativen Seiten seines Charakters wegen der großen Leistungen, die er für sich buchen konnte, zu verzeihen, so gab es für seine Untergebenen, die gerade auf diese negativen Charaktereigenschaften Stalins spekulierten, bei einer Aenderung des inneren Parteiregimes keine Gnade. Denn der Kampf ging nicht für oder gegen Stalin, sondern um den Einfluß auf Stalin. Das heißt in der Sprache des Organisationsbüros, um die Besetzung des Arbeitsapparates des Zentralkomitees mit neuen Leuten, die bereit waren, neue Methoden, eine neue Einstellung zu den Menschen in ihrer Arbeit hineinzutragen. Und es ist deshalb verständlich, daß der alte Stab sich mit allen Kräften diesen Aenderungen widersetzte.

An der Spitze dieses Widerstandes standen Kaganowitsch und Jeshow. Der erstere ist zweifellos ein ungewöhnlicher Mensch. Ohne große Bildung, aber fähig, die Gedanken der Gesprächspartner im Fluge zu erfassen und sich anzueignen, zeichnet er sich durch Arbeitsfähigkeit, gutes Gedächtnis und organisatorische Talente aus. Niemand versteht so gut wie er, alle möglichen Konferenzen und Kommissionssitzungen zu leiten, in denen der Vorsitzende die Fähigkeit besitzen muß, die Debatte in eine bestimmte Richtung zu lenken, die Redner zur Sache zu zwingen und die ganze Aussprache im wesentlichen zu beherrschen. Nur schade, daß dieser talentvolle Kopf einem Mann gehört, über dessen moralische Qualitäten kaum zwei Meinungen bestehen. In Parteikreisen ist er durch seine Unzuverlässigkeit bekannt. Auf sein Wort kann man nicht bauen: er gibt ebenso leicht Versprechungen, wie er sie nachher zurückzieht. Möglich, daß daran äußere Gründe mitschuldig sind: er begann seine große Parteikarriere in der Zeit, wo große Nachfrage nach Treulosigkeit herrschte. Aber war er andererseits nicht einer von denen, die mehr als alle anderen das Anwachsen dieser Nachfrage gefördert haben?

Sein treuer Bundesgenosse war Jeshow. Wenn man hinsichtlich Kaganowitschs noch hin und wieder staunend fragt, warum er diesen Weg gegangen ist, wo er seine Karriere auch mit ehrlichen Mitteln hätte machen können, so kommt gegenüber Jeshow dieses Staunen nicht zum Ausdruck: dieser Mann konnte seine Karriere nur mit ähnlichen Mitteln machen. Während meines ganzen, leider schon ziemlich langen Lebens, habe ich selten Menschen getroffen, die ihrer ganzen Natur nach so unsympathisch wären wie Jeshow. Wenn ich ihn sah, kamen mir oft jene Straßenjungen in den Sinn, deren liebster Sport darin bestand, einer Katze, die

*) Stolypin wurde seinerzeit von einem Spitzel der Ochrana, der zaristischen Geheimpolizei, ermordet. Red. d. »N. V.«

